Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 14. September 2017

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend: Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender

Stadträtinnen und Stadträte: Berg
Bernnat
Cyperrek (in Vertretung Böhringer)
Escher
Glattacker
Lindemer
Oehler
Pichlhöfer (in Vertretung Denzer)
Salach
Schumacher
Sommer
Vogel
Vogelpohl
Wernthaler
Wiesiollek

Entschuldigt: Böhringer, Denzer, Kiefer

Ferner: Fachbereichsleiterin Buchauer
Fachbereichsleiterin Staub-Abt
Fachbereichsleiter Dullisch
Fachbereichsleiter Kleinmagd
Fachbereichsleiter Welz
Betriebsleiter Droll
Betriebsleiter Schäfer
Frau Schmidt
Herr Elias
Herr Fessler
Herr Schreiber

Urkundspersonen: Stadträtin Cyperrek und Stadtrat Glattacker

Schriftführung: Frau Dölker

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.20 Uhr

TOP 1

Forsteinrichtungserneuerung – Ziele der Waldbewirtschaftung

Schaffung von Waldrefugien

Vorlage: 121/2017

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Schirmer.

Herr Schirmer erläutert anhand einer Präsentation das Alt- und Totholzkonzept im Lörracher Stadtwald. Ziel des Konzeptes sei die Schaffung besonderer Lebensräume und Lebensstätten geschützter Arten und der Ausgleich unvermeidlicher Beeinträchtigungen.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die ausgewiesenen Bereiche sehr intensiv betrachtet wurden. Die als Waldrefugien ausgewiesenen Bereiche seien sehr schwer zu nutzen und die Einrichtung der Waldrefugien sei eine gute Maßnahme.

Die Stadträte Escher und Bernnat bedanken sich für den ausführlichen Bericht. Es handle sich um ein schlüssiges Konzept mit gutem Ansatz und sei nach vollziehbar.

Stadtrat Bernnat weist auf die Bedeutung der Ökopunkte für künftige Ausgleichsmaßnahmen hin.

Auf den Hinweis von Stadträtin Salach, sagt der Vorsitzende zu, den vorgelegten Plan mit den acht ausgewiesenen Waldrefugien zuzuleiten. Sie bittet um Erläuterung warum die Stadt Lörrach lediglich 2,5 Prozent Fläche statt 5 Prozent beim Land ausweist.

Stadtrat Lindemer hebt die Wichtigkeit des Waldes hervor.

Herr Schirmer erklärt, dass unter Berücksichtigung des Bannwaldes die Stadt mehr als 2,5 Prozent als Waldrefugien habe, eine weitere Ausweitung sei möglich.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt erläutert die Bedeutung der Ökopunkte.

Der Vorsitzende berichtet, dass dieses Thema intern aufbereitet werde und der Fachbereich Umwelt und Klimaschutz hierzu einen Bericht vorbereite, der dem Rat im Jahr 2018 vorgelegt werden solle.

Der Vorsitzende berichtet, dass dieses Thema intern aufbereitet wird und ein Gutachten hierzu erstellt wird.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich die Stadträte Escher, Vogel und Stadträtin Salach. Stadtrat Werntaler schlägt vor, eine Waldbegehung mit Herrn Schirmer durchzuführen.

Der Vorsitzende sagt die Planung der Begehung für das Frühjahr 2018 zu.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann, einstimmig den folgenden Beschluss:

Die vorgeschlagenen Waldflächen werden stillgelegt und als Waldrefugien in die Forsteinrichtungserneuerung 2017 aufgenommen.

TOP 2

Schulentwicklungsplanungsprozess - Antrag zur Einrichtung einer 2. Realschule im Verbund mit einer Werkrealschule am Standort der Hellbergschule

Vorlage: 163/2017

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage und macht deutlich, dass die Stadt Lörrach unter keinen Umständen ihren Antrag auf Einrichtung einer zweiten Realschule im Verbund mit einer Werkrealschule am Standort der Hellbergschule zurückziehen werde. Die Entscheidung des Regierungspräsidium Freiburg sei nicht nachvollziehbar. Aus diesem Grund suche man das direkte Gespräch mit dem Kultusministerium.

Die Stadträte Glattacker und Bernnat unterstützen die Vorlage und sehen die Einrichtung einer zweiten Realschule als unerlässlich.

Stadtrat Berg weist daraufhin, dass heute von seiner Fraktion keine Entscheidung getroffen werden könne. Es bestehe noch Diskussionsbedarf in der Fraktion. Das Thema der Gemeinschaftsschule dürfe nicht vergessen werden.

Stadtrat Pichlhöfer unterstützt die Vorgehensweise der Verwaltung. Es müsse zukunftsorientiert gedacht werden.

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage und macht deutlich, dass die Stadt Lörrach unter keinen Umständen ihren Antrag auf Einrichtung einer zweiten Realschule im Verbund mit einer Werkrealschule am Standort der Hellbergschule zurückziehen werde. Die Entscheidung des Regierungspräsidium Freiburg sei nicht nachvollziehbar. Aus diesem Grund suche man das direkte Gespräch mit dem Kultusministerium.

Die Stadträte Glattacker und Bernnat unterstützen die Vorlage und sehen die Einrichtung einer zweiten Realschule als unerlässlich.

Stadtrat Berg weist daraufhin, dass heute von seiner Fraktion keine Entscheidung getroffen werden könne. Es bestehe noch Diskussionsbedarf in der Fraktion. Das Thema der Gemeinschaftsschule dürfe nicht vergessen werden.

Stadtrat Pichlhöfer unterstützt die Vorgehensweise der Verwaltung. Es müsse zukunftsorientiert gedacht werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass im Rahmen des Schulentwicklungsplanungsprozesses die einzelnen Varianten, unter anderem auch die Einrichtung einer weiteren Gemeinschaftsschule, diskutiert wurden und die Variante zu Gunsten einer zweiten Realschule verworfen wurde. Der Ausbau der Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule werde vorangetrieben.

Sodann schlägt der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales bei vier Enthaltungen zur Beschlussfassung vor:

1. Der Antrag zur Einrichtung einer Verbundschule „Realschule – Werkrealschule“ am Standort der Hellbergschule in Lörrach-Brombach wird trotz der Anregung des Regierungspräsidiums, ihn zurückzuziehen, aufrechterhalten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt über die Entwicklung der Schülerzahlen, der Übergangsquoten und der Situation insbesondere an den Sek.-I-Schulen (Werkrealschulen, Gewerbeschulen, Realschulen) regelmäßig zu berichten.

TOP 3

Sanierungsbedarf in städtischen Gebäuden und Liegenschaften

Vorlage: 108/2017

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage. Die Liste sei aufgrund der Haushaltskonsolidierung im letzten Jahre kürzer gewesen.

Die Stadträte Escher, Bernnat, Berg, Pichlhöfer begrüßen die Vorgehensweise, die sich in der Vergangenheit bewährt habe. Die Unstimmigkeit bei der Kostendarstellung bei der Sanierung des Biologieraumes des Hebelgymnasiums solle geprüft werden.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann, einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die Fortschreibung der Zusammenstellung des Fachbereichs Grundstücks- und Gebäudemanagement über den Sanierungsbedarf bei städtischen Objekten in Lörrach wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Fachbereich Grundstücks- und Gebäudemanagement hat in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe „Sanierungsbedürftige Schulgebäude“ die Priorisierung der Sanierungsmaßnahmen für das Jahr 2018 vorgenommen. Das Besprechungsergebnis, das für die Haushaltsplanberatungen 2018 zugrunde gelegt werden soll, wird zur Kenntnis genommen.
3. Die weiteren priorisierten Baumaßnahmen, die ebenfalls für die Zielediskussion und die Haushaltsplanberatungen 2018 vorgelegt wurden, werden zur Kenntnis genommen.

TOP 4

Haushaltskonsolidierung 2016 - Tierhaltung im Rosenfelspark

Einsparvorschläge

Vorlage: 103/2017

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage und hebt die Bedeutung des Rosenfelsparks für die Bevölkerung und die Schulen hervor.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die Stadträte Glattacker, Wernthaler, Lindemer, Vogelpohl, Escher, Pichlhöfer und die Stadträtin Cyperrek. Diese heben die Wichtigkeit des Rosenfelsparks hervor.

Sodann schlägt der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales bei zwei Enthaltungen zur Beschlussfassung vor:

1. Den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kostenreduzierung für Pflege und Betrieb des Rosenfelsparks wird zugestimmt.
2. Der Vorschlag aus der Haushaltskonsolidierung, die Tierhaltung im Rosenfelspark abzuschaffen, wird nicht weiter verfolgt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in einem Jahr zu berichten, inwiefern weitere Interessengruppen für die Mithilfe bei der Tierpflege gewonnen werden konnten und welche Aktionen gemeinsam mit dem Förderverein Rosenfelspark erfolgt sind.

TOP 5

Standorterhalt des Waldorfkindergartens Lörrach durch bauliche Maßnahmen

Vorlage: 119/2017

Der Vorsitzende stellt die Vorlage vor und weist auf die Wichtigkeit des Erhalts des Walddorfkindergartens hin. Durch die Begehung des Waldorfkindergartens sei die Notwendigkeit der baulichen Maßnahmen hervorgehoben worden. Ein Umbau oder Ausbau beziehungsweise Neubau sei unabdingbar.

Dem schließen sich die Stadträte Vogelpohl, Bernnat, Pichlhöfer und die Stadträtin Salach an.

Sodann schlägt der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig zur Beschlussfassung vor:

1. Der Gemeinderat stimmt der Angebotserweiterung des Waldorfkindergartens um eine Krippengruppe mit verlängerten Öffnungszeiten zu. Außerdem soll eine Kindergartengruppe mit verlängerten Öffnungszeiten in eine Ganztagsgruppe umgewandelt werden. Diese Angebote sollen im Herbst 2020 - nach voraussichtlichem Abschluss der baulichen Maßnahme - starten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für den Neubau bzw. Sanierung und Erweiterung des Kindergartens im Jahr 2018 zu beginnen und ein Planungsbüro zu beauftragen.
3. Planungsmittel in Höhe von 300.000 € werden hierfür im Haushalt 2018 bereitgestellt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Träger eine übergangsweise Unterbringung während der Bauphase zu planen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Träger über die Höhe des Eigenanteils für die Ausstattung des Gebäudes in Verhandlungen zu treten.

TOP 6

Vorstellung 3D-Stadtmodell

Der Vorsitzende berichtet, dass entsprechend des Wunsches des Gremiums das 3D-Stadtmodell vorgestellt werde.

Daraufhin stellt Fachbereichsleiter Welz die einzelnen Funktionen des Stadtmodells vor. Mit der Realisierung des 3D-Stadtmodells sei 2015 auf der Grundlage der Daten aus 2010 bis 2014 begonnen worden. Die Daten sollen zukünftig zeitnah aktualisiert werden. Das Modell werde vorerst nur intern genutzt. Ziel sei jedoch, die Nutzung Architekten und Planungsbüros gegen Entgelt zur Verfügung zu stellen.

TOP 7

Antrag der SPD-Fraktion – Antrag für Sozialklausel im Wohnungsbau

Vorlage: 165/2017

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage, die sich aus dem Antrag der SPD-Fraktion ergeben hat.

Stadtrat Bernnat schließt sich den Ausführungen an und stellt fest, dass die Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung folgen werde.

Stadtrat Escher weist auf die finanziellen Auswirkungen hin.

Stadträtin Wiesollik gibt zu bedenken, dass die Umsetzung nicht einfach sein werde.

Stadtrat Lindemer weist daraufhin, dass heute von seiner Fraktion keine Entscheidung getroffen werden könne. Es bestehe noch Diskussionsbedarf in der Fraktion.

Sodann schlägt der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales bei drei Enthaltungen zur Beschlussfassung vor:

1. Der Antrag der SPD-Fraktion vom 29. Juni 2017 wird weiter verfolgt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob durch eine Sozialklausel festgelegt werden kann, dass 30 bis 40 % der gebauten Wohnungen entweder Sozialwohnungen sind oder eine noch fest zulegende Miete pro Quadratmeter nicht übersteigen dürfen.

TOP 8

Rathaus Lörrach, Einbau von Brandschutzverglasungen im 5., 8. und 15. OG - Erhöhung der Kostenberechnung Vorlage: 160/2017

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage und stellt fest, dass der Einbau der Brandschutzverglasungen nötig sei und nicht darauf verzichtet werden könne.

Sodann schlägt der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig zur Beschlussfassung vor:

Die Erhöhung der Kostenberechnung für die „Brandschutzverglasungen in den Fluren im 5., 8. und 15. OG im Rathaus Lörrach von 180.000 € um 80.000 € auf 260.000 € einschl. 19 % MwSt. wird genehmigt.

TOP 9

Änderung Miet- und Entgeltordnung

Vorlage: 162/2017

Der Vorsitzende hebt die Bedeutung der Vorlage hervor. Gruppierungen, die Medienvertreter bei Veranstaltungen ausschließen, sind in den städtischen Hallen nicht erwünscht.

Die Stadträte Bernnat und Werthaler schließen sich den Ausführungen an.

Der Vorsitzende sagt zu, die Definition Medienvertreter nachzureichen.

Sodann schlägt der AUT bei drei Enthaltungen zur Beschlussfassung vor:

1. Die städtischen Hallen, Säle und sonstigen Räume in städtischen Gebäuden stehen künftig für politische Veranstaltungen nur zur Verfügung, wenn allen Medienvertretern die Teilnahme und Berichterstattung (Fernsehen, Radio, Zeitung, Internet) gestattet wird.
2. Die entsprechende Ergänzung der Miet- und Entgeltordnung (§ 1 Nr. 2 fett hinterlegt) wird beschlossen.

TOP 10

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Straßenbaumaßnahmen

Fachbereichsleiter Dullisch gibt die anstehenden Straßenbaumaßnahmen bekannt. Im Zeitraum vom 29. September 2017 bis 3. Oktober 2017 seien Teile der Freiburger Straße gesperrt. Die Weiterführung der Sanierung der Eisenbahnstraße, Seite Haagen, werde begonnen und wird voraussichtlich bis zum 4. Oktober 2017 beendet sein. Entsprechende Pressemitteilungen werden erstellt.

TOP 11

Allgemeine Anfragen

4.1

Stadtrat Escher bittet um Klärung und Darstellung des Sachstandes Friedhof Tumringen und wie weiter verfahren werde. Weiter bitte er um Prüfung, warum Keller am Hebelpark mit Wasser vollgelaufen seien. Stadtrat Escher schlägt überdies vor künftig auf eine kürzere Sitzungsdauer zu achten.

4.2

Auf die Anfrage von Stadtrat Dr. Vogelpohl teilt der Vorsitzende mit, dass das Vergabeverfahren für die Bauplätze im Belist noch nicht begonnen habe. Es gebe lediglich eine Interessenliste mit ca. 200 Interessenten. Diese werden schriftlich über das Vergabeverfahren informiert. Zudem erklärt der Vorsitzende auf Anfrage von Stadtrat Dr. Vogelpohl, dass der Spielplatz Rosenfels aufgrund von sicherheitstechnischen Mängeln vorübergehend geschlossen worden sei.

4.3

Stadtrat Pichlhöfer schließt sich der Frage nach dem Friedhof Tumringen an und weist auf die Vorstellung des Friedhofsentwicklungsplanes hin. Der Plan solle baldmöglichst vorgestellt werden. Der Vorsitzende berichtet, dass derzeit eine Bodenuntersuchung für den Entwicklungsplan durchgeführt werde. Der Entwicklungsplan werde vorgestellt werden.

4.4

Stadträtin Cyperrek bittet um Erklärung warum die Sanierung der THR bezüglich des Vorkommens von Radon im Sommer nicht durchgeführt wurde. Der Vorsitzende sagt die Aufbereitung des Sachverhaltes zu und weist abschließend auf die Radonmessung in allen Schulen hin.

4.5

Stadträtin Cyperrek wolle außerdem wissen, ob es hinsichtlich der Vergabe von Plätzen im Rahmen der Schulkindbetreuung an der Neumattschule Probleme aufgrund mangelnder Anmeldungen gegeben habe und ob gegebenenfalls Zusagen nicht eingehalten wurden.

4.6

Stadtrat Berg berichtet, dass im absoluten Halteverbot vor dem Stadt Lörrach Hotel immer Autos stehen. Er bittet, dass der Gemeindevollzugsdienst dort vermehrt kontrolliert.

TOP 12 Offenlegungen

TOP 12.1

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales und des Hauptausschusses der Stadt Lörrach am 13. Juli 2017

TOP 12.2

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach am 13. Juli 2017

TOP 12.3

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Abwasserbeseitigung der Stadt Lörrach am 13. Juli 2017

TOP 12.4

Vermerk des Fachbereichs Umwelt und Klimaschutz vom 7. August 2017 zum Audit 2017 European Energy Award

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: